



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



KARL CARSTENS

Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

VORTRAG AM ÜBERSEETAG, FREITAG, 7. MAI 1982



Ich habe mich über Ihre Einladung zur Teilnahme an diesem Übersee-Tag sehr gefreut, gibt sie mir doch Gelegenheit, meiner Verbundenheit mit den deutschen überseeischen Interessen Ausdruck zu geben, deren Bedeutung ich in meiner Vaterstadt Bremen von frühester Jugend an in mich aufgenommen habe. Zunächst lassen Sie mich den Jubilaren meine herzlichen Glückwünsche aussprechen, dem Übersee-Club zu seinem 60. und dem Verband Deutscher Reeder zu seinem 75jährigen Bestehen. Ein dreiviertel Jahrhundert ist ein stolzes Alter. Es ist besonders beeindruckend, wenn wir die vergangenen 75 Jahre vor unserem geistigen Auge Revue passieren lassen: Zuerst der großartige Aufbau der Handelsflotte um die Jahrhundertwende, dann die Zerschlagung, zweimal, und zweimal der Wiederaufbau. Welche Zeiten haben Sie, haben wir, durchlebt! Dieser Geburtstag fällt für Sie, die Reeder, wiederum in eine schwierige Zeit. Es ist vor allem der Wettbewerb mit ausländischen Reedern, der Ihnen Sorgen macht.

Dafür gibt es eine Reihe von Gründen, die Sie besser kennen als ich und auf die ich hier nicht eingehen möchte. Ich habe mir sagen lassen, daß Ihnen nicht allein das hohe Lohnniveau, bei dem unsere deutschen Seeleute durchaus mit der Entwicklung an Land mitgehalten haben und heute in der Welt zur Spitzengruppe zählen, und auch nicht allein das hohe generelle Kostenniveau, sondern vor allem der marktwirtschaftlichen Grundsätzen widersprechende staatliche Interventionismus in anderen Ländern Sorge bereitet. Um im Wettbewerb trotzdem mithalten zu können, haben Sie, die deutschen Reeder, marktwirtschaftlich reagiert. Die deutsche Handelsmarine ist im letzten Jahrzehnt wesentlich verjüngt, modernisiert und rationalisiert worden. Durch vielfältige Innovationen in Seetransport und Umschlagtechnik ist die Produktivität unserer Schiffe erheblich gesteigert worden.

In der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, ist mit dieser Umstrukturierung eine Leistung vollbracht worden, die kaum hinter dem Wiederaufbau unserer Handelsflotte nach dem Kriege zurücksteht. Als nach wie vor drittgrößtes Seehandelsland der Welt nach den USA und Japan brauchen wir eine eigene Handelsmarine. Dabei nimmt sich die unsere eher bescheiden aus. Mit ihren unter deutscher Flagge fahrenden Schiffen steht sie an 13. Stelle der Weltrangliste hinter Liberia, Griechenland, Japan, Panama, Großbritannien, UdSSR, Norwegen, USA, Frankreich, Italien, China und Spanien und vor Singapur.

Während die Bundesrepublik Deutschland mit rund 10 Prozent am Weltseehandel teilnimmt, beträgt ihr Anteil an der Welthandelsflotte nur 1,8 Prozent. Die Zahlen zeigen eine bemerkenswerte Diskrepanz. Um so mehr hoffe ich und vertraue ich darauf, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Seeschifffahrt bald überwunden werden können und unsere Handelsflotte wieder an die positive Entwicklung früherer Jahre anzuknüpfen vermag.

Meine Damen und Herren, die Geschichte Deutschlands war bis in unser Jahrhundert hinein letztlich immer „landbestimmt“, die Entwicklungen in unserem Lande waren nicht seewärts orientiert, sondern landwärts auf das europäische Festland hin. Seine schicksalsbestimmenden Beziehungen erstreckten sich nach Süden, nach Osten, nach Westen, viel weniger nach Norden, wo seine Küste lag. Das gilt selbst für die Zeit der Hanse. Zwar ging es auch hier nicht wirklich um „Überseeisches“, sondern eher um einen Handel auf Binnen- und Randmeeren, bei dem die deutschen Hansestädte kaufmännisch, politisch und kulturell führend auftraten. Doch das hatte nur geringe Auswirkungen auf Politik und Bewußtsein in Deutschland insgesamt. Deutsche Politik wurde – soweit man zur Zeit der Hanse überhaupt von einer solchen sprechen konnte – nicht in Lübeck, Hamburg oder Bremen bestimmt. Das war auch nicht anders unter dem Großen Kurfürsten, der zwar eine brandenburgische Flotte erbauen und sogar Siedlungen in Afrika errichten ließ. Aber es blieben letztlich periphere, Geist und Gang der Geschichte nicht bestimmende Ereignisse, und während Friedrich der Große im Siebenjährigen Krieg mit einem anderen deutschen Staat um eine deutsche Provinz Schlesien kämpfte, rangen England und Frankreich weltweit, zu Lande und auf dem Meer, um den Besitz Indiens und Nordamerikas.

Im 19. Jahrhundert zeigten sich dann jedoch in Deutschland erste Anzeichen einer Änderung der kontinentalen Sichtweise, zunächst in Richtung einer eher romantischen Seebegeisterung als einer geistigen Neuorientierung und wirklichen Weitung des Horizonts. Die Nationalversammlung von 1848 forderte eine Reichsflotte. Und eine solche wurde auch tatsächlich aufgestellt – freilich nur für kurze Zeit. Bismarck blieb trotz des zögernden Erwerbs eines Kolonialreiches ein Kontinentalpolitiker. Auch die Tirpitzsche Flottenpolitik zeugte nicht so sehr von einer neuen geistigen Dimension der deutschen Politik als von dem Wunsch nach einer erweiterten Machtbasis. Die Kriegsmarine von Tirpitz war nicht Zeichen einer Öffnung zur Welt. Nationales Denken, nicht internationales, war die Motivation.

Anders verhielt es sich, so meine ich, bei dem „zivilen Pendant“ zu Tirpitz, wie man ihn genannt hat, dem Hamburger Reeder Albert Ballin, den Pragmatismus, Nüchternheit, vor allem aber Welterfahrung und eine richtige Einschätzung der eigenen Stärke – alles, denke ich, hanseatische Eigenschaften – auszeichneten. Ballin knüpfte an die Tradition der Hanse an und weitete sie aus. Hier spannte sich der geistige Horizont – erstmals – um die Welt. Die Hapag wurde zur größten Schifffahrtsgesellschaft jener Zeit, die größten und schnellsten Passagierschiffe kamen aus Hamburg und Bremen, und deutsche Handelsschiffe brachten Ladungen aus Nord- und Südamerika, aus Afrika, aus dem Nahen und Fernen Osten.

Hierbei ging es nicht mehr um eine romantische „Seebegeisterung“, sondern um nüchternes kaufmännisches Kalkül, verbunden mit dem Aufstieg der deutschen Industrie und Wirtschaft, verbunden schließlich mit einem wachsenden Erfahrungsschatz an Weltkenntnis und mit zunehmender Weltoffenheit. Es folgten – in historischer Perspektive sehr kurz hintereinander – die beiden Weltkriege mit ihren schweren Folgen, auch für die deutsche Handelsflotte. Der Erste Weltkrieg war – trotz seines Namens – letztlich ein europäischer Krieg. Das deutsche Schicksal entschied sich hier: In Frankreich, in Rußland, auf dem Balkan. Es entschied sich aber auch – wengleich in anderer Weise – zur See: nämlich durch die Unfähigkeit der deutschen Kriegsflotte, die Blockade zu durchbrechen. Die Tirpitzsche Flotte wurde nicht besiegt, sie wurde in Schach gehalten. Dadurch brach schließlich die Versorgung des deutschen Kriegsapparates, besonders auch der deutschen Bevölkerung, zusammen. Ausschlaggebend für den Ausgang des Krieges aber war das Eingreifen der Vereinigten Staaten auf dem europäischen Kriegsschauplatz, eine Möglichkeit, die die deutsche Kriegsführung völlig falsch eingeschätzt hatte. 21 Jahre nach dem Ende des Ersten begann Hitler den Zweiten Weltkrieg. Wieder wurden die großen Schlachten zu Lande geschlagen, auch wenn die deutsche Kriegsflotte, insbesondere die U-Boot-

Waffe, weitaus größere Aktionen entfaltet. Bestimmend für das Ergebnis des Krieges aber war wiederum der Eintritt der großen überseeischen, von Deutschland und seiner politischen Führung erneut unterschätzten Macht Amerika. Spätestens jetzt mußte die große historische Wende, die sich seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts angebahnt hatte, offenbar werden: Das Schicksal Deutschlands war nicht mehr, wie Jahrhunderte zuvor, „landbestimmt“, es war in gleicher Weise land- und seebestimmt geworden. Es war jetzt nicht mehr allein in kontinentaleuropäischen Kategorien zu bestimmen, sondern es mußte im atlantischen Zusammenhang gesehen werden. Dies ist eine historische Wegmarke, meine Damen und Herren, wer sie verkennt, wird aus der Geschichte nicht lernen.

Auch die Vereinigten Staaten haben den zweiten Weltkrieg als eine historische Wegmarke betrachtet. Nach dem Krieg revidierten sie – nach langen und intensiven Erörterungen in Kongreß und Öffentlichkeit – ihre Politik der Bündnisfreiheit und gingen ihr erstes Bündnis in Friedenszeiten mit den freien Staaten Europas ein, ein Bündnis, vor dem ihr erster Präsident, George Washington, sie noch gewarnt hatte. Zehn Jahre nach Kriegsende wurde auch unser Land, die Bundesrepublik Deutschland, Mitglied dieses Bündnisses. Welches waren die Motive der Vereinigten Staaten? Ich meine, das stärkste Motiv war der Schutz der Freiheit und die Sicherung des freien Europas gegenüber einer Bedrohung von außen. Zweimal hatten die Vereinigten Staaten sich spät und unter erheblichen Kosten in europäischen Auseinandersetzungen auf der Seite der Demokratie eingeschaltet. Jetzt aber wollten sie ihr Gewicht – das zweimal verhängnisvollerweise unterschätzt worden war – schon in Friedenszeiten zur Geltung bringen: Zum Schutz der Freiheit und zur Erhaltung des Friedens.

Dieser Entschluß wurde von den in Freiheit lebenden Ländern Europas begüßt, ja, sie alle haben damals entschieden das Engagement der Vereinigten Staaten gefordert. Dafür gab es gute Gründe. Im Schutze und mit der großzügigen Unterstützung der Vereinigten Staaten konnte sich in Westeuropa ein beispielloser wirtschaftlicher und politischer Wiederaufbau vollziehen. Allein in den Jahren von 1948, als der Marshall-Plan vom amerikanischen Kongreß verabschiedet wurde, bis Ende 1951 flossen im Rahmen des amerikanischen Hilfsprogramms 13 Milliarden Dollar – zu damaligen Preisen! – nach Europa. Zusammen mit den Europäern strebten die Amerikaner den wirtschaftlichen Aufbau und die politische Stabilisierung der europäischen Demokratie an. Dabei unterstützten sie die europäischen Einigungsbestrebungen. Es war ihr Wunsch, daß ein politisch einiges und wirtschaftlich starkes Europa sich mit ihnen gemeinsam, die Lasten teilend, um Stabilität und Frieden in der Welt bemühen würde. So ist der Atlantik für uns alle zu dem geworden, was er für die Hansestädte und für alle mit der Schifffahrt Verbundenen schon seit 200 Jahren war: nicht ein trennendes, sondern ein verbindendes Meer. Heute wie damals hat diese Verbindung wirksame und gültige Grundlagen. Ich möchte sie in Erinnerung rufen.

Wie zur Zeit der Gründung des Bündnisses verbinden uns gegenwärtig gemeinsame sicherheitspolitische Interessen. In den letzten dreißig Jahren hat sich – leider – nichts an der Notwendigkeit der gemeinsamen Verteidigung geändert. Die potentiellen Gefahren sind weiterhin groß. Darüber dürfen wir uns keine Illusionen machen. Es sollte uns auch bewußt sein, welche Bedeutung die amerikanische Präsenz in Berlin hat. Sie ist für die freiheitliche Existenz der Stadt schlechthin entscheidend, und die Amerikaner haben in den 37 Jahren, in denen sie dort stehen, in ihrem Engagement niemals geschwankt.

Unsere sehr ernst gemeinten Versuche, zu einem stabilen und friedlichen Nebeneinander mit unseren östlichen Nachbarn zu gelangen, haben auf einigen Gebieten Erfolge gehabt. Aber die aus dem militärischen Ungleichgewicht resultierenden Gefahren haben sie bisher nicht beseitigen können. Trotzdem werden wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen. Die Ausgestaltung unserer Beziehungen zu unseren Nachbarn im Osten, das Bemühen um Abrüstung und Rüstungskontrolle, um Abbau der Spannungen und um Zusammenarbeit bleiben vorrangige Aufgaben unserer Politik.

Manche sprechen von Vorleistungen, die wir erbringen sollten. Aber eben das haben wir getan. In Mitteleuropa haben wir in den letzten Jahren stets nur zu verhindern versucht, daß das Ungleichgewicht zu unseren Ungunsten größer wurde. Vor

allein in den siebziger Jahren haben die Vereinigten Staaten in ihrer Rüstungspolitik bewußt Zurückhaltung geübt. Wenn wir heute vor der Notwendigkeit einer Nachrüstung stehen, so nur, um einem zunehmenden Ungleichgewicht in Mitteleuropa entgegenzuwirken.

Freilich zielt der Nachrüstungsbeschluß zugleich in eine andere mindestens ebenso wichtige Richtung. Die Mitgliedsstaaten der NATO sind davon überzeugt, daß die einzige Chance für eine Vereinbarung über eine Rüstungsbegrenzung in dem sogenannten Doppelbeschluß liegt, der die Ankündigung der Nachrüstung mit der Bereitschaft zu Abrüstungsverhandlungen verbindet. Dieser Zusammenhang wird von vielen Kritikern des Beschlusses übersehen.

Neben den gemeinsamen sicherheitspolitischen Interessen verbinden uns mit Amerika auch gemeinsame wirtschaftliche Interessen. Wir sind Industriestaaten mit ähnlichen Wirtschaftsordnungen, und der weitaus größte Teil des Welthandelsaus-tausches findet zwischen den westlich-demokratischen Ländern einschließlich Japans statt. Darüber hinaus verbinden uns Interessen in der Entwicklungspolitik und bei der Gestaltung der Weltwirtschaftsordnung. Diese engen Bindungen schaffen selbstverständlich auch Reibungsflächen. Das ist an und für sich nichts Beunruhigendes.

Mir scheinen zwei Dinge wichtig zu sein: Erstens, daß wir wirtschaftliche Differenzen sachlich austragen, und zweitens, daß interne wirtschaftliche Schwierigkeiten nicht einfach der Wirtschaftspolitik der jeweils anderen Seite zugeschrieben werden. Die Zusammenhänge sind komplizierter. Gewiß bereitet uns die amerikanische Hoch-zinspolitik Sorge, aber sie allein erklärt nicht unsere eigenen wirtschaftlichen Probleme, wie das Gegenbeispiel Japan zeigt, das sich weitgehend aus dem Sog der amerikanischen Zinsen hat heraushalten können.

Aber, meine Damen und Herren, nicht nur sicherheitspolitische und wirtschaftliche Interessen verbinden uns mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Es verbindet uns etwas, das uns viel mehr bedeuten sollte. Ich spreche von den gemeinsamen Werten, die unseren politischen und gesellschaftlichen Ordnungen zugrunde liegen, von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Vereinigten Staaten von Amerika gehören zu den ältesten und beständigsten Demokratien in unserer Welt. Sie können auf eine über 200jährige demokratische Geschichte zurückblicken.

Demokratie: Das heißt sittliche Begründung und Begrenzung von Herrschaft, das heißt Freiheit des Einzelnen und Respekt vor der Würde des Menschen. Mehrfach im Laufe der letzten 150 Jahre haben deutsche Landsleute, die hier in der Heimat verfolgt wurden, Zuflucht in den USA gefunden. Ich erinnere an die 1848er und an die Deutschen, die nach 1933 unser Land verlassen mußten. Wir sollten daran denken, wenn wir jetzt im Vollbesitz unseres demokratischen Bewußtseins inneramerikanische Verhältnisse kritisieren. Ich warne davor, sich von Amerika abzuwenden. Das zu tun, hieße nichts anderes, als zum dritten Mal in unserer jüngeren Geschichte in den Fehler zu verfallen, die Bedeutung der Vereinigten Staaten für unser Schicksal zu mißachten.

Die Vereinigten Staaten haben festgefügte und in der Bevölkerung verankerte Überzeugungen, sie haben riesige Reserven an Rohstoffen und Begabungen. Ihr gesellschaftliches und politisches System ist in hohem Maße flexibel und innovationsfähig. Das Land und seine Menschen zeichnen sich durch Vitalität und Dynamik aus.

Wer sich in Deutschland allen Ernstes mit dem Gedanken an einen Neutralismus befaßt, hat aus der Geschichte nichts gelernt. Neutralismus wäre der Versuch, Deutschland in seine alte kontinentale „Landbestimmung“ zurückzuführen. Ein solcher Versuch entspricht nicht der heutigen Wirklichkeit, er verkennt, daß unser Schicksal im 20. Jahrhundert zugleich atlantisch bestimmt ist. Genauso illusionär scheint mir ein „Europa zwischen den Blöcken“ zu sein. Vielleicht ist es notwendig, daran zu erinnern, daß auch Großbritannien und Frankreich sich als westliche Nationen verstehen, deren Bindungen und Bündnisse mit den Vereinigten Staaten und Kanada bereits Jahrhunderte andauern. Für sie ist Westbindung Teil ihrer historischen Identität.

Das bedeutet nicht, daß wir nicht mit aller Kraft versuchen sollten, Europa durch politische Einigung ein größeres Gewicht zu verschaffen, auch gegenüber den Vereinigten Staaten; aber als deren Partner, nicht getrennt von ihnen. Für unser Land

gibt es keinen „Weg zwischen den Blöcken“. Zur Wahl steht nur die Abhängigkeit von der Sowjetunion oder die Partnerschaft mit Amerika im Atlantischen Bündnis. Wir haben diese Wahl getroffen. Es war Adenauers historische Leistung, nach 1949 die Westbindung der Bundesrepublik zu vollziehen. Die Gründe, die damals zu diesem Schritt führten, gelten unverändert weiter. Nun bedeutet Partnerschaft und Zusammenarbeit mit Amerika natürlich nicht kritikloses Befolgen aller amerikanischen Wünsche. Davon kann gar keine Rede sein. Das entspricht weder unserem noch dem amerikanischen Verständnis vom Bündnis.

Die amerikanische Politik bereitet uns gelegentlich Schwierigkeiten auch dadurch, daß sie sich schneller, als wir es nachvollziehen können, ändert. Wir werden manchmal von amerikanischen Entscheidungen überrascht, und gewiß darf das kritisiert werden. Allerdings, so meine ich, muß stets klar bleiben – durch Art und Form der Kritik –, daß es sich um Kritik unter Freunden handelt, daß sie vor dem Hintergrund einer Übereinstimmung im Grundsätzlichen stattfindet. Und wir sollten auch anerkennen, daß die Amerikaner in wichtigen Bereichen keinen Schritt ohne Konsultation mit uns tun. Ich denke an die Genfer Verhandlungen über die Reduzierung der Mittelstreckenraketen.

Schließlich sollten wir bedenken, daß Amerika, ob es will oder nicht, weltweite Aufgaben übernehmen muß. Europa ist nicht der einzige Kontinent, in dem die USA sich engagieren. Sie sehen es als ihre Aufgabe an, der Expansionstendenz der anderen Supermacht und ihrer Verbündeten auch in Asien, im Nahen Osten, in Afrika und in Lateinamerika entgegenzutreten. Manchen bei uns gefällt das nicht, und gewiß besteht auch hier keine Veranlassung, unbesehen allem zuzustimmen, was Amerikaner tun.

Aber zweierlei sollten die Kritiker bedenken: Einige der Krisenherde, in denen die USA tätig werden, berühren zugleich auch europäische und deutsche Interessen, zum Beispiel Spannungen im Nahen Osten, die die Ölversorgung gefährden, und zu einem eigenen Engagement zum Schutze dieser Interessen sind die Europäer in der Regel wenig geneigt. Umgekehrt sollten wir uns allerdings nicht scheuen, den Amerikanern offen zu sagen, wo wir eigene Interessen vertreten, die nicht in gleicher Weise die ihren sind. Ich meine damit vor allem unser Interesse an einem möglichst engen Kontakt mit den Deutschen in der DDR und an der Erhaltung des Bewußtseins der Zusammengehörigkeit der deutschen Nation, ein politisches Ziel, für das meiner Meinung und Erfahrung nach die Amerikaner großes Verständnis zeigen.

Ich sage Ihnen offen, daß mir in unserem Lande manche politischen Äußerungen, manche Kommentare der Medien zu Amerika Sorge bereiten. Es geht oft weniger um eine sachlich begründete andere Meinung als um eine einseitige, emotional gefärbte Ablehnung der Amerikaner überhaupt. Ich könnte dafür durchaus Beispiele nennen.

Diese Entwicklung ist gefährlich. Dessen sollten sich jene, die sie willentlich oder unwillentlich fördern, bewußt sein. Wir alle – Politiker und Journalisten, aber auch Lehrer und jeder Bürger in seinem eigenen Bereich – sind aufgerufen, dieser Entwicklung entgegenzutreten. Dazu gehört, daß wir die grundlegenden gemeinsamen Interessen bewußt machen, von denen ich gesprochen habe, vor allem aber der Gemeinsamkeit der Werte, die unsere Gesellschaft bestimmen. Als solche Werte nenne ich auch Hilfsbereitschaft und Pflichtgefühl. Dazu einige Beispiele aus den letzten Monaten: Mich hat beeindruckt, daß nach dem Flugzeugunglück in Washington ein im eisigen Wasser des Potomac schwimmender Passagier fünfmal den ihm von einem Rettungshubschrauber zugeworfenen Rettungsring an einen anderen weitergereicht hat. Er selbst ist ertrunken.

Mich hat beeindruckt, wie tapfer und ausdauernd der amerikanische General Dozier sich geweigert hat, den Forderungen seiner Entführer nachzukommen. Und mich hat beeindruckt, mit welcher Selbstverständlichkeit die Küstenwache der Vereinigten Staaten eine großangelegte Suchaktion durchgeführt hat, als der deutsche Frachter „Elma Trees“ im Sturm über dem Atlantik versank. Ein deutscher Seemann konnte dadurch – und nur dadurch – gerettet werden. Diese Tatsachen verdienen es, neben den vielen negativen Nachrichten, die uns erreichen, in die Erinnerung gerufen zu werden.

Umfragen zeigen, daß die große, ja die überwiegende Mehrheit unserer Bevölkerung diese Dinge so auch erkennt und eine positive Einstellung gegenüber den Amerikanern einnimmt. Ich glaube, es ist wichtig, daß unsere amerikanischen Verbündeten das wissen. Darüber hinaus ist es notwendig, daß wir der jungen Generation, die unsere Beziehungen zu Amerika in die Zukunft tragen muß, die Grundlagen dieser Beziehungen bewußt machen. Unseren Jugendlichen wie den jungen Menschen in den USA sollte Gelegenheit gegeben werden, die geistigen und politischen Gemeinsamkeiten, auf denen wir die deutsch-amerikanischen Beziehungen aufgebaut haben und auf denen die deutsch-amerikanische Freundschaft heute beruht, für sich neu zu entdecken. Sie müssen wirklich verstehen und erleben können, daß die atlantische Gemeinschaft mehr als ein Militärbündnis ist. Es ist ein Bündnis freier Demokratien, die ihre gemeinsamen, aus europäisch-abendländischen Wurzeln stammenden politisch-geistigen Grundlagen, ihren Freiheitsbegriff und ihre Vorstellung von der Würde des Menschen und seinen unveräußerlichen Rechten erhalten und, wenn notwendig, verteidigen wollen.

Ich begrüße die Ernennung von Koordinatoren für die deutsch-amerikanischen Beziehungen bei uns und in den USA, die sich um eine Ausweitung des Austausches und um die Intensivierung und Verbesserung unserer Beziehungen kümmern werden; auf unserer Seite ist es Frau Staatsminister Hamm-Brücher. Diesem Bemühen ist aller Erfolg zu wünschen, und ich hoffe, daß es auf das große Interesse vor allem junger Bürger – hier und in Amerika – stößt.

Die Hansestädte, meine Damen und Herren, waren ehemals unser „Tor zur Welt“. Im Jahre 1860, in der Zeit des Deutschen Bundes, als sie quasi souveräne Staaten waren, unterhielten Hamburg, Bremen und Lübeck 266 amtliche Vertretungen außerhalb Europas, mehr als doppelt soviel wie Preußen. Als das Bismarck-Reich geschaffen wurde, stellten die Hansestädte den Löwenanteil von Konsulaten und Auslandsniederlassungen im neugeschaffenen Auswärtigen Dienst. Heute haben sie ihre einstige Monopolstellung als Träger des deutschen Außenhandels verloren. Die großen deutschen Firmen besitzen eigene weitverzweigte Netze von Niederlassungen in aller Welt.

Doch nach wie vor können die Hansestädte viel in unsere Gemeinschaft einbringen. Ich nannte am Anfang meiner Ausführungen die fortbestehende Bedeutung unserer Handelsmarine. Aber ich denke auch an die große republikanische Tradition der Hansestädte, an den kaufmännischen Realitätssinn, der hier zu Hause ist.

Besonders aber denke ich an die Weltoffenheit, die man hier findet. Weltoffenheit: Das ist eine Einstellung, die nicht nur eine passive Aufnahme- und Hinnahmefähigkeit beinhaltet, sondern die auch aktive Elemente enthält: Neugier, die Fähigkeit zu vergleichen, die Bereitschaft, von anderen etwas zu lernen und dauerhafte, verlässliche Bindungen anzuknüpfen, und vor allem die richtige Einschätzung der eigenen Möglichkeiten. Das aber bedeutet Auslandserfahrung, Sprachkenntnisse, Austausch.

Die Hansestädte mit ihrem Bewußtsein für die Verbundenheit mit der Welt können dazu beitragen, eine der modernen Wirklichkeit angepaßte Mentalität und Politik zu entwickeln. Sie können dazu beitragen, in der deutschen Bevölkerung nicht ein „Seebewußtsein“ oder eine „Seebegeisterung“ nach Art des 19. Jahrhunderts, sondern ein der heutigen Zeit angemessenes Bewußtsein unserer Verbundenheit mit der Welt, sozusagen ein „Überseebewußtsein“, zu fördern.

Die Möglichkeiten unseres Landes, weiterhin in Freiheit, in Frieden und in wirtschaftlicher Sicherheit zu leben, hängen von der Fähigkeit ab, unsere Einbindung in die westliche Welt zu verstehen und zu festigen, und von der Fähigkeit, unsere Beziehungen zur ganzen Welt auf dieser Grundlage auszubauen.

Ich möchte der deutschen Politik wünschen, daß sie stets im Einklang mit dieser hanseatischen, auf Weltoffenheit und überseeische Verbindungen ausgerichteten, insonderheit den Vereinigten Staaten von Amerika als unserem wichtigsten Partner zugewandten Haltung stehen möge. Es wird nicht zu ihrem Schaden sein.

